

München, 03.06.2020

## SPD-Anfrage: 375.000 Alleinerziehende in Bayern - Große Belastung durch Corona

**Wohnsituation und Eigentumsverhältnisse stellen oftmals große Belastung für Familien dar - Fraktionschef Arnold und Sozialpolitikerin Rauscher: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, finanzielle Förderung ausbauen, digitale Teilhabe sichern**

In Bayern leben aktuell etwa 375.000 Alleinerziehende, das entspricht jeder fünften Familie im Freistaat. Davon haben 117.000 zwei Kinder oder mehr. Diese Zahlen nennt die Staatsregierung auf [Anfrage](#) der SPD-Landtagsfraktion. Was die Wohnsituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern anbelangt, so zeigt sich: Gut zwei Drittel (68,4 Prozent) leben in einer Mietwohnung (oder mietfrei), ein Drittel (31,6 Prozent) im eigenen Wohneigentum. Bei Paarfamilien ist das Verhältnis ziemlich genau umgekehrt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Horst Arnold** meint daher: „Die Zahlen zeigen, dass Alleinerziehende finanziell grundsätzlich schlechter abgesichert sind und sich in den meisten Fällen kein Wohneigentum leisten können. Gerade in der Corona-Krise sind die finanziellen Belastungen für Alleinerziehende besonders hoch, beispielsweise durch Kurzarbeit. Zudem müssen oder mussten sie sich um die Kinderbetreuung oder Homeschooling - oder beides - kümmern. Hinzu kommen häufig beengte Wohnverhältnisse, meist ohne Garten. Und all das bei ohnehin schon weit überdurchschnittlicher Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und ihren Kindern.“ Es sei deshalb wichtig gewesen, Alleinerziehende bei der Notbetreuung besonders zu berücksichtigen - eine Initiative der SPD, wie Arnold betont.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag **Doris Rauscher** betont, es komme nun darauf an, die Unterstützung für Alleinerziehende weiter auszubauen – während der Krise, aber auch darüber hinaus: „Corona sollte ein Weckruf sein, die Belange von Alleinerziehenden und ihren Kindern stärker in den Blick zu nehmen. Deshalb müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Freistaat weiter verbessert werden. Außerdem brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum und die finanzielle Förderung für bedürftige Kinder muss ausgebaut werden.“ Die Corona-Krise habe dabei insbesondere gezeigt, dass eine eigenständige Grundsicherung für Kinder, wie sie die SPD bereits seit längerem fordert, notwendiger denn je sei.

Arnold verweist zudem auf die wachsende Bedeutung digitaler Bildung. So solle nach Ansicht der SPD-Fraktion beispielsweise jede Schülerin und jeder Schüler ein kostenfreies Tablet für

schulische Zwecke zur Verfügung gestellt bekommen. Andernfalls würden gerade ärmere Kinder schnell abgehängt.

Unverständlich ist aus Sicht der beiden Abgeordneten, dass die Staatsregierung mit Blick auf die finanziellen Verhältnisse von Alleinerziehenden lediglich auf den Sozialbericht hinwies, der bereits 2017 erschien. „Die darin enthaltenen Zahlen stammen überwiegend aus dem Jahr 2013, sind also hoffnungslos veraltet. Wenn aktuelle Zahlen noch nicht einmal vorliegen, wie will die Staatsregierung dann passgenaue Maßnahmen ergreifen?“ Die SPD-Fraktion hat diesbezüglich einen Antrag vorbereitet, in dem sie einen Armuts- und Reichtumsbericht mit aktuellen Zahlen fordert.

[SPD-Anfrage Familien \(PDF, 73 kB\)](#)